

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Jan Korte, Annette Groth, Dr. André Hahn, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Martina Renner und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Aktueller Stand und Pläne der Bundesregierung zur Aufarbeitung der Verbrechen der deutschen Sektensiedlung Colonia Dignidad in Chile**

Die im Jahr 1961 gegründete deutsche Sektensiedlung Colonia Dignidad (CD) in Chile war jahrzehntelang Ort schwerster Menschenrechtsverletzungen. Hunderte Gegner der Pinochet-Diktatur (1973 bis 1990) verschwanden dort, wurden gefoltert und ermordet. Deutsche und chilenische Kinder wurden systematisch jahrzehntelang sexuell missbraucht. Auch viele Bewohner der Siedlung wurden Opfer schwerer Misshandlungen.

Unter anderem durch den im Jahr 2016 angelaufenen Kinofilm „Colonia Dignidad“ von Florian Gallenberger hat die öffentliche Beschäftigung mit diesem dunklen Kapitel der Pinochet-Diktatur in Chile, aber auch mit der nicht immer rühmlichen Rolle der deutschen Außenpolitik und ihrer Institutionen, wieder zugenommen. Denn obwohl es bereits seit dem Jahr 1967, als ein erster Bewohner der damals noch jungen Siedlung aus ihr entkam und der deutschen Botschaft von den Menschenrechtsverbrechen Bericht erstattete, Hinweise auf die Verbrechen gab, ist dieses Kapitel bisher alles andere als aufgearbeitet. Insbesondere den chilenischen Opfern der CD wurde in den Maßnahmen und der Wahrnehmung in Deutschland bisher wenig Rechnung getragen.

Schon in der Bundestagsdebatte vom 15. November 2001 über den fraktionsübergreifenden Antrag „Hilfe für die Opfer der Colonia Dignidad“ (Bundestagsdrucksache 14/7444) erklärten alle Fraktionen (einschließlich der Fraktion der CDU/CSU, die den Tenor des Antrags ablehnte und sich enthielt), „die Notwendigkeit, dieses gemeinsame dunkle Kapitel deutsch-chilenischer Vergangenheit intensiv aufzuarbeiten und schnellstmöglich darauf hinzuwirken, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und den Opfern möglichst bald eine Schadensgutmachung zukommt“ (Abgeordneter Klaus-Jürgen Hedrich, CDU).

Am 16. Mai 2002 verabschiedete der Deutsche Bundestag einstimmig bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU den Antrag zu Hilfsmaßnahmen für die Opfer der CD, in dem das große Leid der Koloniebewohner anerkannt und angekündigt wird, dass der Deutsche Bundestag alles in seiner Macht Stehende tun werde, „damit die fortwährenden schwerwiegenden Menschenrechtsverstöße innerhalb der Colonia Dignidad wirksam abgestellt werden“. In dem Antrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe in Chile mit deutscher Beteiligung einzusetzen, die ein Strategiepapier zur Lösung des Problems der CD erstellen sollte. Zu den geforderten Maßnahmen gehörten außerdem u. a. eine psychologische Betreuung der Koloniebewohner, die sich aus der Abhängigkeit von der kriminellen Führungsgruppe der CD lösen, und die Schaffung eines Fonds für Hilfsmaßnahmen für Koloniebewohner.

Ferner sah der Beschluss vor, dass deutsche Experten die chilenischen Behörden und Justiz bei der Aufklärung des CD-Komplexes unterstützen sollten und die Bundesregierung einen entsprechenden Bericht an den Deutschen Bundestag nach zwölf Monaten vorlegen solle, der von dieser in der Antwort auf die Kleine Anfrage „Hilfsmaßnahmen für die Opfer der Colonia Dignidad“ (Bundestagsdrucksache 14/9818) der Fraktion der PDS für Mai 2003 angekündigt wurde.

Doch weder der Bericht noch die anderen Forderungen des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung wurden in der Folge umgesetzt. Zwar wurden ab ca. dem Jahr 2005 sogenannte Maßnahmen zur Integration der Bewohner der Villa Baviera in die chilenische Gesellschaft durch das Auswärtige Amt finanziert, aber bis heute konnten keine eindeutigen Effekte dieser Projekte vorgelegt werden.

Im Jahr 2011 wurde Hartmut Hopp, die „rechte Hand“ Paul Schäfers, des Gründers und Führers der CD, in Chile wegen Beihilfe zum sexuellen Missbrauch von Minderjährigen zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, der er sich durch Flucht nach Deutschland entzog, wo ihn seine deutsche Staatsangehörigkeit vor Auslieferung schützt. Am 7. Juni 2016 hat die zuständige Staatsanwaltschaft Krefeld nach jahrelanger Prüfung beim Landgericht beantragt, die gegen Hartmut Hopp in Chile verhängte Freiheitsstrafe in Deutschland zu vollstrecken. Wenn das Landgericht Krefeld dem Antrag nachkommt, muss die Bundesregierung eine Vollstreckung bewilligen.

Am 25. Januar 2013 verurteilte der Oberste Gerichtshof Chiles eine Reihe von Mitgliedern der CD, darunter Hartmut Hopp, letztinstanzlich zu Haftstrafen aufgrund ihrer Beteiligung am systematischen sexuellem Missbrauch von chilenischen Kindern in der CD. Den Opfern wurden Entschädigungszahlungen zugesprochen, zu denen sich die CD/Villa Baviera (VB), bzw. ihre Firmen in einer Abmachung mit dem chilenischen Staatsverteidigungsrat (CDE) im Jahr 2009 verpflichtet hat. Diese Entschädigungszahlungen wurden bis heute nicht beglichen.

Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier hat am 26. April 2016 in einer Ansprache vor 400 Gästen im Auswärtigen Amt erstmals deutliche Worte zum Regime der CD gefunden und dabei auch die Unterstützung durch die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland offen kritisiert. „Der Umgang mit der Colonia Dignidad ist kein Ruhmesblatt, auch nicht in der Geschichte des Auswärtigen Amtes,“ so Dr. Frank-Walter Steinmeier. Bis in die achtziger Jahre hätten deutsche Diplomaten „bestenfalls weggeschaut“. Als Sektenchef Paul Schäfer im Jahr 2005 festgenommen wurde und sein Regime zerfiel, habe „das Amt die notwendige Entschlossenheit und Transparenz vermissen lassen, seine Verantwortung zu identifizieren und daraus Lehren zu ziehen.“ Der Bundesaußenminister ordnete eine teilweise Öffnung der Archive zur Rolle der westdeutschen Diplomatie bei den Verbrechen in der CD in Chile an. Normalerweise betrage die Sperrfrist für Dokumente 30 Jahre, sagte Dr. Frank-Walter Steinmeier. Er habe unter dem Eindruck der aktuellen Debatte aber entschieden, diese Frist um zehn Jahre zu verkürzen. So sind nun auch Dokumente aus dem politischen Archiv des Auswärtigen Amtes bis Mitte der 90er-Jahre einsehbar, zuvor waren alle Akten ab dem Jahr 1986 bis heute gesperrt. „Damit machen wir die Akten der Jahre 1986 bis 1996 für Wissenschaftler und Medien zugänglich,“ so der Bundesaußenminister.

Trotz der Kehrtwende in der Politik des Auswärtigen Amtes gegenüber den Verbrechen der CD bleiben etliche Fragen offen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Warum wurde nach Kenntnis der Bundesregierung der Bundestagsbeschluss vom 16. Mai 2002 in der Folge nicht umgesetzt?

2. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Sachstand in Bezug auf den Gesamtkomplex der CD?
3. Wie viele der ehemaligen Mitglieder der CD leben heute noch
  - a) in der CD/VB,
  - b) außerhalb der CD/VB in Chile und
  - c) in der Bundesrepublik Deutschland?
4. Befinden sich unter den heutigen Bewohnern der CD/VB auch Mitglieder der ehemaligen Führungsriege um Paul Schäfer und verurteilte Täter?  
Wenn ja, um wen handelt es sich dabei, und welche Funktionen haben diese heute innerhalb der VB?
5. Wie viele der derzeitigen bzw. ehemaligen Bewohner besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, wie viele besitzen die chilenische, und wie viele sind Doppelstaatler?
6. Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung zur Aufarbeitung der in der CD von Deutschen an Deutschen und Chilenen begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen, und welchen konkreten Beitrag plant sie in Zukunft zu leisten, um gemeinsam mit der chilenischen Regierung die Aufarbeitung der Verbrechen der CD voranzubringen?
7. Findet bei der Aufarbeitung der von der CD begangenen Menschenrechtsverletzungen eine Zusammenarbeit mit der chilenischen Regierung statt, und falls ja, wie sieht diese Zusammenarbeit aus?
8. Wird die Bundesregierung eine Person im Auswärtigen Amt ernennen, die beauftragt wird, zukünftig diese Maßnahmen mit der chilenischen Seite abzustimmen?  
Wenn ja, wann?  
Wenn nein, warum nicht?
9. Welche Personen bzw. Gruppen betrachtet die Bundesregierung als Opfer der CD (bitte begründen)?
10. Welche der derzeitigen und ehemaligen Bewohner(-gruppen) der CD/VB betrachtet die Bundesregierung als Opfer?  
Anhand von welchen Kriterien wird zwischen Tätern und Opfern unterschieden?
11. Plant die Bundesregierung, sich bei den Opfern bzw. den verschiedenen Opfergruppen zu entschuldigen?  
Wenn ja, wann soll dies in welcher Form geschehen?  
Wenn nein, warum nicht?
12. Welche Unterstützungsmaßnahmen wird die Bundesregierung konkret für die Opfer der CD ergreifen, und werden diese Hilfen allen Opfergruppen zugutekommen?
13. Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung ehemaliger oder jetziger Bewohner der CD, eine Anerkennung von unterlassenen Beitragszeiten durch die Rentenversicherungsträger vorzunehmen, da die Leitung der CD jahrzehntelang für ihre Mitglieder, die harte Arbeit leisten mussten, keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt hat?
14. Wie bewertet die Bundesregierung aus heutiger Sicht die finanzielle Unterstützung der Firmen der ehemaligen CD durch Mittel des Auswärtigen Amts, und wie gestaltete diese sich im Detail (bitte entsprechend nach Jahr, Höhe und Zweck der Zuwendung sowie Haushaltstitel angeben)?

15. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, die nach der Festnahme von Paul Schäfer im Jahr 2005 jahrelang Firmen der CD/VB (teilweise über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH/Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH) unterstützt hat, aus dieser Zeit über das Vermögen der CD/VB und seine Zusammensetzung?  
Handelt es sich aus Sicht der Bundesregierung um rechtmäßig erworbenes Vermögen?
16. Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, dass die CD/VB bzw. einzelne ihrer Mitglieder oder Unterstützer Vermögenswerte ins Ausland transferiert haben?  
Falls ja, um welche Erkenntnisse handelt es sich?
17. Kennt die Bundesregierung die Gründe für das Ausbleiben der, im Zuge der im Jahr 2013 erfolgten Verurteilung einer Reihe von Mitgliedern der CD durch den Obersten Gerichtshof Chiles, gerichtlich festgelegten Entschädigungszahlungen, und wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die CD/VB diese und künftige gerichtlich festgelegte Entschädigungszahlungen begleicht?
18. Hat das Auswärtige Amt einen Überblick über das Ausmaß der noch nicht von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier freigegebenen Akten zum Thema?
  - a) Wie viele Akten von 1961 bis 1986?
  - b) Wie viele Akten von 1987 bis 2016?
  - c) Wie viele Verschlussachen?
19. Wie ist nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung die aktuelle Bilanz der juristischen Aufarbeitung der Verbrechen der CD in Chile und Deutschland?
20. Gegen wie viele Mitglieder der CD wurden Strafverfahren vor chilenischen oder deutschen Gerichten aus welchen Gründen eingeleitet, und wie endeten diese Verfahren, bzw. wie ist deren momentaner Stand?  
Welche Mitglieder der CD wurden rechtskräftig verurteilt, und aufgrund welcher Verbrechen?  
Welche Mitglieder der CD mussten Haftstrafen antreten?
21. Wie viele Mitglieder der CD, außer Hartmut Hopp, die von chilenischen Justizbehörden gesucht werden, halten sich gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland auf?
22. Gegen wie viele und welche dieser Personen hat die chilenische Justiz Auslieferungersuchen, Rechtshilfeersuchen oder Anfragen an deutsche Behörden gerichtet?
23. Was wird die Bundesregierung unternehmen, damit keine Straffreiheit für deutsche Täter, die in Chile Menschenrechtsverbrechen begangen haben und sich nun in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, entsteht?
24. Wird die Bundesregierung die ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen, beispielsweise die Benennung einer Person durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), die nach Chile reist und den Kontakt und den Austausch mit den chilenischen Justizorganen sucht, um die Verfahren in beiden Ländern zu beschleunigen, ergreifen, damit den deutschen Ermittlungen zu den Verbrechen der CD höhere Priorität eingeräumt wird?

25. Wird die Bundesregierung die kürzlich freigegebenen Akten des Auswärtigen Amtes mit Blick auf neue Beweismittel und Ermittlungsansätze auch gegen zahlreiche weitere ehemalige Folterer und Regimehelfer der CD, die bisher in Deutschland von der Justiz unbehelligt leben, auswerten und den Ermittlungsbehörden zur Verfügung stellen (bitte begründen)?
26. Sollte im Fall Hartmut Hopp das Landgericht Krefeld (und ggf. höhere Instanzen) die Vollstreckung des chilenischen Urteils in der Bundesrepublik Deutschland für zulässig halten, wird das Bundesamt für Justiz im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt eine Vollstreckung bewilligen (bitte begründen)?
27. Plant die Bundesregierung die sukzessive oder sofortige Freigabe aller Akten zur CD, die sich im politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, im Bundeskanzleramt, beim Bundesnachrichtendienst (BND), dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder anderen Ministerien und Behörden des Bundes befinden, oder kennt sie entsprechende Überlegungen der in Frage kommenden Institutionen?
- Wenn ja, wie, und wann soll dies wo genau geschehen?
- Wenn nein, warum nicht?
28. Ist das Thema vor dem Hintergrund der teilweisen Aktenfreigabe beim Auswärtigen Amt im Bundeskabinett diskutiert worden?
29. Wie soll, nach der von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier verfügten Herabsetzung der Schutzfrist für die CD-Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, die wissenschaftliche Erschließung der Akten zur CD erfolgen?
- a) Ist die Einberufung einer unabhängigen Historikerkommission oder ein Forschungsprojekt zur Erschließung der Akten und Aufarbeitung der Geschichte der CD und der Verwicklungen deutscher Ministerien und Behörden geplant, und wenn ja, wie sehen diese Pläne konkret aus?
- b) Plant das Auswärtige Amt sich an der Finanzierung der wissenschaftlichen Erschließung der Akten zur CD zu beteiligen?
- Wenn ja, in welcher Form?
- Wenn nein, warum nicht?
30. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wann der BND zum ersten Mal von Verbrechen in der CD erfahren hat, und wenn ja, wie sehen diese aus?
31. Gibt es beim Bundeskanzleramt, beim BND und/oder dem BfV Akten oder Aktenteile zur CD und Akten in ihrem Kontext, namentlich zu
- a) Gerhard Mertins, Wolff Hartwig von Arnswaldt und Christoph Willeke Flöel, dem Agenten des chilenischen Geheimdienstes DINA, der sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhielt?
- b) der Private Sociale Mission in Siegburg (damalige Geschäftsstelle der CD in der Bundesrepublik Deutschland)?
- c) den Aktivitäten eines Mitarbeiters des BfV in der deutschen Botschaft im Jahr 1974, der chilenische Asylbewerber wegen der damaligen Sicherheitsüberprüfung befragte?
32. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass dieser Mitarbeiter des BfV sich zu diesem Zweck direkt oder indirekt der CD und/oder der DINA oder eines anderen chilenischen Geheimdienstes bediente oder von diesen gewonnene Informationen nutzte?

33. Plant die Bundesregierung, durch Fristverkürzung und/oder Herabstufung von Verschlussachen die in Frage 30 genannten Akten für die Aufarbeitung der Verbrechen der DINA und der CD zugänglich zu machen?  
Wenn ja, um wie viel Jahre soll die Frist verkürzt werden?
34. Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, das Mandat der Historikerkommission, die die NS-Vergangenheit des BND aufklären soll, um das Thema Colonia Dignidad zu erweitern?
35. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang die CD im Waffenhandel und Waffenschmuggel aktiv war, mit wem sie diesbezüglich in Geschäftskontakten stand, über welche Unternehmen sie den Handel abwickelte, und inwieweit offizielle chilenische und/oder deutsche Stellen davon unterrichtet wurden bzw. involviert waren, und wenn ja, wie sehen diese im Detail aus?
36. Hat die Bundesregierung neuere Erkenntnisse darüber, wer in welchem Umfang in der CD mit der Produktion und/oder Zulieferung biologischer oder chemischer Substanzen oder Kampfmittel beschäftigt war, und wenn ja, wie sehen diese im Detail aus?
37. Plant die Bundesregierung im Kontext des Besuchs des Bundespräsidenten Joachim Gauck in Chile, eine Rahmenvereinbarung mit der chilenischen Regierung über die gemeinsame Errichtung und Finanzierung einer Gedenkstätte in der CD und eines Dokumentationszentrums im ehemaligen Stadthaus der CD in Santiago abzuschließen?

Berlin, den 23. Juni 2016

**Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**



